

Dresdner Volkszeitung

Hauspostkonto: Dresden, Saben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verantwortl. Redakteur: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kenndorf und Dresden-Altkattlitz

Bezugspreis einschließlich Frachtposten mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Wolk und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schreibstube: Wettinerplatz 10, Telefon 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Telefon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreis: die 20 mm breite Rowspanneile 30 Goldpf., die 90 mm breite Kellspanneile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf., Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefverbreitung 10 Goldpf.

Nr. 138

Dresden, Montag den 16. Juni 1924

35. Jahrg.

Nach dem Parteitag

I. Die sächsische Frage

Man kann nicht sagen, daß auf dem Berliner Parteitag aufregende Beschlüsse gefaßt worden seien. Weder die Resolution Müllers zum Vorstands- und Fraktionsbericht, noch die Resolution Hilferdings zur Außenpolitik bedeuten irgendwelche tatsächliche oder prinzipielle Entscheidungen. Von Bedeutung bleibt jedoch die Annahme des Organisationsstatuts und für Sachsen die zur Krise in der sächsischen Landtagsfraktion gefaßten Beschlüsse. Zu den Debatten und Referaten des Parteitages, zu den Neugierungen und Symptomen der Parteilösung, die in der Tagung auflebten, wird noch einiges zu sagen sein. Wir möchten unsere Betrachtungen zunächst beginnen mit einer Beleuchtung des Punktes, der unser sächsischen Genossen wohl am stärksten interessiert.

Der Parteistreit in Sachsen entwickelte sich aus drei Streitfragen. Erstens: ob die Landtagsfraktion in Regierungstragen allein entscheiden sollte; zweitens: ob und wie weit dabei die Landesinstanzen mitzubestimmen hätten; drittens: ob der Landesparteitag das Recht hätte, in der Frage der Landespolitik Beschlüsse zu fassen, die für die Fraktion bindend sein sollen. In der ersten Frage entscheidet der Beschluß der Sachkommission, daß die Fraktion vor ihren Entscheidungen über grundlegende wichtige Fragen eine Beschlusssatzung der Landesinstanzen herbeizuführen hat, wenn es technisch irgendwo möglich ist. Zum zweiten Punkt wurde dahin entschieden, daß der bisherige weite gehende Einfluß der Landesinstanzen zurückschraubt wurde. Bisher wirkte nach der Entscheidung eines Landesparteitages ein Fünftel der Fraktion mit den Landesinstanzen bei den großen Entscheidungen zusammen. Dieser Beschluß ist mit der angenommenen Parteitagelösung revidiert. In der dritten Frage wurde entschieden, daß die Entscheidungen der Landesversammlungen für die Fraktion bindend sind. Westlich bleibt das Recht des Parteivorstandes und des Parteiausschusses, die Ausführung von Landesbeschlüssen bis zur Entscheidung eines Landesparteitages zu suspendieren, wenn die Interessen der Gesamtpartei auf dem Spiele stehen. Der Parteivorstand hat in der sächsischen Krise geltend gemacht, daß dieses sein Interventionsrecht im Parteistatut begründet sei und der Parteitag hat dieses Recht nunmehr in eine bestimmte Formulierung gebracht.

Der Beschluß ist im ganzen ein Kompromiß und als solcher nicht ohne Wenn und Aber. Beide streitenden Teile sind einander entgegengekommen und die Lösung besteht im Grunde genommen darin, daß die Fraktion wieder einseitig arbeitet und daß ein Landesparteitag über das, was weiter gesehen soll, zu befinden hat. Wir haben die Verständigung in Sachsen schon nach dem letzten Parteitag mit Lebhaftigkeit verfolgt, weil es uns von vornherein unwahrscheinlich erschien, daß der Parteitag über die Köpfe der sächsischen Parteigenossen hinweg eine glatte gütliche Lösung durchsetzen könne. Tatsächlich hätte die sächsische Partei die obige Grundlage der Verständigung längst vor dem Parteitag haben können, wenn die Fünftelzwangigkeit die Beschlüsse formender Landesversammlungen als bindend anerkannt hätten. Das statutarische Recht des Parteivorstandes hätte sowie auf dem Parteitag formuliert werden müssen. Alles in allem bedeuten die Beschlüsse der Reue-Kommission zunächst nur eine Grundlage für das Verständigungswerk, das es nunmehr praktisch durchzuführen gilt. Landes- und Bezirksinstanzen werden sich mit den fraktionigen Fragen zu beschäftigen haben und werden die Mitgliedschaften zu einer Landesversammlung, bei der weder Rechthaberei noch Prinzipienreiterei, sondern nur der gute Wille zur sachlichen Bewältigung der vorhandenen Probleme eine Rolle spielen darf, zusammenberufen.

Der Parteitag begrüßte es dankbar, daß er sich mit dem sächsischen Konflikt nicht weiter zu befassen brauchte, denn man denke sich in die Situation von Delegierten, die nach sächsischen Gesichtspunkten entscheiden wollen und vor einem komplizierten Streit anderer Landmannschaften stehen! Wer von uns vermöchte in einem Streit, der sich etwa in der badischen Fraktion über die Regierungsfrage oder in der württembergischen über die Frage des Zusammengehens mit den Kommunisten entspinnen würde, sich in einigen Stunden Debatte ein Urteil zu bilden, das zur Wiedereinsetzung befähigt? Zudem standen der Berliner Tagung nur drei Tage zur Verfügung, so daß bei einer großen Zahl Delegierter alles, was nach einer Befassung der Tagesordnung ausfiel, Mißstimmung erregte. Das zeigte sich auch bei den Debatten über Fragen, die eine gründlichere Behandlung verdient hätten. Wir werden unsere Meinung dazu in einem folgenden Artikel sagen.

Die Regierung Herriot

Paris, 15. Juni. Herriot hat den Auftrag des Präsidenten zur Bildung der Regierung angenommen. Das Ministerium Herriot ist gebildet. Es setzt sich wie folgt zusammen: Forth und Neuhuis; Abg. Herriot (radikal); Justiz: Senator René Renaud (demokr. Linke); Krieg: General Kollat (demokr. Linke); Marine: Abg. Dumesnil (radikal); Kolonien: Abg. Daladier (radikal); Besetzte Gebiete: Dalbès; Pensionen: Souverain-Lapierre; Jura: Abg. Chantemps (radikal); Finanzen: Senator Clementel (demokr. Linke); Unterricht: Senator François Albert (demokr. Linke); Essentielle Arbeiten: Senator Central (demokr. Linke); Handel: Abg. Hannaldi (soz. Republikaner); Arbeit: Justin Godart (radikal); Landwirtschaft: Abg. Duceille (radikal). Es sind ferner vier Unterstaatssekretäre eingesetzt worden, und zwar Pierre Robert für Post, Telegraphen und Fernsprechnetze, Léon Meyer (rad.) für die Handelsmarine, Laurent Guay (soz. Rep.) für die Luftschiffahrt und de Moro Giffieri (soz. Rep.) für das technische Unterrichtswesen.

Das Kabinett des Volksvertrauens

P. Paris, 15. Juni. (Fig. Droht.) Die Regierung Herriot ist ein durchaus einheitliches Kabinett der demokratischen und bürgerlich-radikalen Wirtsparteien. Von geradezu symbolischer Bedeutung für die Politik, die die neue Regierung gegenüber Deutschland einzuschlagen die Absicht hat, ist die Berufung des Generals Kollat an die Spitze des Kriegsministeriums. Kollat, der seit vier Jahren an der Spitze der Interalliierten Militärkontrolle steht und der bei der Durchführung der undankbaren Mission nicht darauf rechnen konnte, sich in Deutschland Sympathien zu erwerben, ist trotz allem ein guter Republikaner und ein aufrichtiger Demokrat. Er hat sich im Quai d'Orsay niemals großer Beliebtheit erfreut und Poincaré, der ihn wiederholt abberufen wollte, ist damals nur durch den Widerspruch der alliierten Kabinette daran verhindert worden. Seine Berufung in das neue Kabinett zeigt, welche Bedeutung Herriot und die französischen Demokraten dem Problem der Entwarnung Deutschlands beimessen. In ihrer loyalen Durchführung sieht man hier nicht nur den Prüffstein für die Aufrichtigkeit des guten Willens der deutschen Regierung, sondern vor allem auch die Voraussetzung, die die von der Linken geplante Abrüstung im eigenen Lande möglich machen soll.

Niemals seit Rousseau hat die Demokratie in Frankreich

einer Regierung so voll und reichhaltig Vertrauen entgegengebracht wie dem Kabinett Herriot, und das Vertrauen wird von allen Demokraten Europas geteilt, die nach den Jahren eines permanenten Kriegszustandes von der neuen französischen Regierung die Herbeiführung eines wirklichen und dauerhaften Friedens erwarten.

Kriegsminister Kollat

Paris, 15. Juni. Die Ernennung des Generals Kollat zum Kriegsminister erklärte Ministerpräsident Herriot dem Journalisten wie folgt: General Kollat hat mich aufgeklärt über das, was sich in Deutschland ereignet und was ich zum Teil schon gemutet habe. Er, der Deutschland gut kennt, hat den sehr klaren Eindruck, daß es sich unter den gleichen Bedingungen wie Preußen nach 1870 wieder organisiert. Ich bin entschlossen, gegenüber der deutschen Demokratie eine liberale Politik zu betreiben, aber es ist nötig, daß Deutschland im guten Glauben die Nationalisten verdrängt, ihre Propaganda und ihre Organisation weiter zu betreiben. Es ist notwendig, daß das jetzige System sich ändert. Wenn wir keine Versöhnung erlangen können, sehen Sie überseht, daß wir viel härter gegenüber Deutschland sein werden als andre. Wir werden es sein, weil es sich darum handelt, den Frieden zu sichern, die Achtung vor unsern Rechten und der Entwicklung der demokratischen Bewegung. Deutschland muß wissen, daß wir liberal sind, daß wir uns aber nicht täuschen lassen. Die Teilnahme des Generals Kollat an der Regierung ist für die Nationalisten und alle Deutschen das sichtbarste Zeichen, daß wir ihnen nicht gehalten werden, und zu täuschen und den Frieden zu kompromittieren.

Regierungserklärung am Dienstag

Paris, 15. Juni. Ministerpräsident Herriot hat heute vormittag seine erste Regierungserklärung darüber vollzogen, daß er in Besetzung des Kriegsministeriums und des Marineministers dem „Unbekannten Soldaten“ seine Schuldbildung darbrachte. Morgen vormittag um 10 Uhr hält das Kabinett seine erste Sitzung ab, der nachmittags um 4 Uhr unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik ein Ministerrat folgt, um die Regierungserklärung festzusetzen, mit der am Dienstag nachmittags um 3 Uhr die neue Regierung vor das Parlament treten wird.

Verlängerung der Wismarverträge

Düsseldorf, 15. Juni. Die heutigen Verhandlungen der Zecherkommission und der Weimarer Kommission von 11 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags. Nachdem anfänglich keine Einigung zu erzielen war, konnte man sich nach einer längeren Pause auf folgende Formel verständigen:

Der am 15. Juni abzulaufende Vertrag zwischen der Weimar und dem Ruhrbergbau wird unverändert bis zum 30. Juni verlängert. Es wurde vereinbart, daß das nächste vom 1. Juli ablaufende Abkommen hinsichtlich der Kohlenpreise und der Zölle sowie gewisser Abgaben rückwirkende Kraft vom 15. Juni erhalten kann.

Matteotti

Von Robert Grösch

In Rom ist unser Genosse Giacomo Matteotti ermordet worden. Als Weis die Trauerbotschaft auf dem Parteitag in Berlin bekanntgab, erhoben sich die Delegierten, die Nachricht hing wie ein Schatten über den weiteren Beratungen. Einer der Begabtesten vom Nachwuchs des internationalen Sozialismus wurde von reaktionären Weichlingen im Hinterhalt abgeschossen. Matteotti wurde 1919 zum ersten Male in die Kammer gewählt und erwies sich bald als einer der mutigsten und aktivsten Vertreter der italienischen Sozialisten. Schon während des verflochtenen Wahlkampfes wandte er sich scharf gegen die faschistische Korruption, und in der Kammer stand man vor einem Entschuldigungsfrage, den Matteotti gegen die faschistische Gewalttätigkeiten führen wollte. Darum hat man ihn hinweggeräumt und faschistisches Banditentum wird das Eja allala, den Geistes der Schwarzgehenden, brüllen.

Mussolini will an den Tätern rasche Justiz üben lassen. Sie kommt zu spät. Er hätte eher eingreifen sollen. Er weiß, wie viele seiner Gegner auf den schwarzen Listen der Faschisten stehen. Er weiß auch, daß sogar faschistische Behörden ihren Anhängern unbequeme Gegner, an deren Ersitzung sie kein Interesse hatten, in Zirkularen namhaft machten. Mussolini hat seine Rekorde nicht mehr im Zaume. Das ist die Ruhe und Ordnung, die Mussolini den Italienern mit der faschistischen Diktatur verhielt.

In Rom, Ende März dieses Jahres, lernte ich Matteotti kennen. Im Bureau der römischen Einheitssozialisten. Ein Mann in den vierzigern Jahren, dunkel, von durchgebranntem Temperament. Die Aufregungen und Strapazen des Wahlkampfes sprachen aus ihm. Er war gerade aus seinem sizilianischen Wahlkreis zurückgekommen. In Palermo hatten zwei sozialistische Versammlungen stattfinden sollen. Die eine wurde von den Faschisten verhindert. Bewaffnete vertehrten den Eintritt in den Saal. In der andern war es unsern Genossen gelungen, den Saal rechtzeitig zu besetzen, die Faschisten hinauszutreiben und die Türen zu verriegeln. Und während Matteotti sprach, mußten sozialistische Arbeiter mit Stöcken und Stangen an den Fenstern einen Art Sturm der Faschisten abwehren. Mussolinis Presse aber behauptete, die Freiheit der Wahlpropaganda sei garantiert. Von seinen Anhängern umringt und durch einen Wall Sozialisten geschützt, gelangte Matteotti ins Freie. Es war kein ungewöhnliches, es war ein typisches Bild des italienischen Wahlkampfes — sofern unsere Genossen überhaupt zum Leben gelangten.

Matteotti sprach gut Deutsch, interessierte sich lebhaft für Deutschland und den deutschen Sozialismus. Er fragte nach der sächsisch-thüringischen Situation, immer lebendig, elastisch, beweglich. Noch am selben Nachmittag folgte er in öffentlicher Straßenversammlung auf dem Corso Viktor Emanuel sprechen. „Die Faschisten werden uns mit Revolvern anscheinend vertreiben“, sagte er. Aber er war entschlossen, hinzugehen, um mit dem Einsatz seiner ganzen Persönlichkeit zu beweisen, daß nur die Freiheit der faschistischen Wahlpropaganda garantiert sei. Die Versammlung fand nicht statt — schon die Zettelankleber wurden von Faschisten mit vorgehaltenem Revolver zur Wache geschleppt, obwohl das Bettelankleben gesetzlich erlaubt war.

Dieser Mann, die Seele der sozialistischen Einheitspartei in Rom, war begütert ein bekannter, geachteter Rechtsanwalt, unabhängig, Sohn einer reichen Familie aus Braita Polesino, voll glänzender Gaben. Sein Leben stand täglich auf dem Spiele, wie das vieler anderer unserer italienischer Genossen. Wenn er auf Agitation ging, so verabschiedete er sich längst nicht mehr von Frau und Kindern — es wäre ja immer das gleiche Abschließen auf Leben und Tod gewesen. Nun haben ihn die Mordelmschurken ereilt, sein anklagender Mund ist verstummt — wieder ein Name auf der faschistischen schwarzen Liste ist gelöscht. Eja allala!

In früheren Zeiten konnte der deutsche Spießbürger solche Nachrichten mit dem Kommentar begleiten: „Gott sei Dank, so etwas ist bei uns nicht möglich!“ Die fittlichen Stahlbäder des Weltkrieges haben inzwischen dafür gesorgt, daß die Verrohung und Versteifung der sogenannten Kulturwelt entsetzliche Fortschritte gemacht hat und man denkt an Hebel's prophetisches Wort: „Ein Krieg würde heute Europas Kultur vernichten, ein Rückfall in die Barbarei wäre unausbleiblich.“

Seute konkurriert Deutschland auf dem Gebiete des politischen Mordmordes mit den Ländern der Mafia, der Blutrache und der Giftmorde. Und bürgerliche Jugend ist es, die sich dafür begeistert. Das erhabene Ziel unserer Gabelkreuzer ist, die Revolverpolitik des italienischen Faschismus auf Deutschland zu übertragen. Immerhin kann sich Mussolini in diesem Falle brüsten, daß seine allzu gelehrigen Jünger innerhalb vierundzwanzig Stunden nach der Tat gefaßt wurden — die Bestialität geschah zu noch am furulischen Stühle. Faschistische Mörder in der Provinz kamen besser weg, nämlich ungestraft. In diesem Sinne ist Deutschland sojuzogen italienische Provinz. Erbergers Mörder leben heute noch und Gumbels Buch über die ungeliebten reaktionären Worte in Deutschland ist unserer Justiz offenbar verloren gegangen.

Die sozialdemokratische Arbeiterschaft hat mit der Politik des Revolvers nichts gemein und sie wird ihr die Gift-

Sie unsere Frauen